



# Aktuelle Informationen aus dem Parlament

### 7. Sitzung des NR am 31.01.2018

Scharfe Kritik der SPÖ an Arbeitsmarktpolitik der Regierung

Aktuelle Stunde bringt harten Schlagabtausch zwischen Sozialministerin und SPÖ



Unter dem Titel "Arbeitsplätze schaffen statt Arbeitssuchende enteignen, Frau Sozialministerin!" appellierten wir vor allem an die zuständige Ressortchefin Beate Hartinger-Klein, die unserer Meinung nach erfolgreich angelaufene Aktion 20.000 fortzuführen. Die Aktion gibt vielen Menschen, die keine Chancen mehr am Arbeitsmarkt haben, ihre Würde zurück und bietet Perspektiven für die Zukunft.

Eine erste Evaluierung der Aktion 20.000 habe ergeben, dass diese Form der Arbeitsplatzbeschaffung, die an "Methoden des Kommunismus" erinnere, nicht funktioniert, meinte hingegen die FP-Sozialministerin Hartinger-Klein.



### 7. Sitzung des NR am 31.01.2018

**Aktuelle Stunde der SPÖ:** "Arbeitsplätze schaffen statt Arbeitssuchende enteignen, Frau Sozialministerin!"

Die Aktion 20.000 bringt Langzeitarbeitslosen über 50 20.000 Mal Hoffnung, Würde und Chancen. Die SPÖ fordert die ÖVP-FPÖ-Regierung auf, das Job-Programm beizubehalten und Arbeitslosen nicht ihre Perspektive zu nehmen.

In der von der SPÖ initiierten <u>Aktuellen Stunde</u> "Arbeitsplätze schaffen statt Arbeitssuchende enteignen, Frau Sozialministerin!" hat SPÖ-Klubobmann Christian Kern die Bundesregierung aufgefordert, ihren Beschluss zur Streichung der Aktion 20.000 zurückzunehmen:

"Wenn Sie dabei bleiben, rauben Sie diesen Menschen ihre Lebensperspektiven."

Die Beschäftigungsoffensive für ältere Langzeitarbeitslose ist eine der "erfolgreichsten Arbeitsmarktprojekte überhaupt", so Kern. Andere Länder wie Luxemburg haben sie bereits übernommen, Deutschland plant eine Aktion 150.000 nach österreichischem Vorbild. Nur die österreichische Regierung will das Programm streichen und Arbeitslose in weiterer Folge enteignen.

Erwin PREINER: "Die SPÖ ist für diese soziale Kälte nicht zu haben."

+++

**Aktuelle Europastunde der ÖVP:** "Koordination in Angelegenheiten der Europäischen Union: Überblick über die Vorbereitung der österreichischen EU-Präsidentschaft im 2. Halbjahr 2018"

### SPÖ zweifelt stark an proeuropäischer Haltung der Regierung

Seitens der SPÖ bestehen Zweifel, dass die Regierung den EU-Ratsvorsitz für Österreich und die EU positiv nutzen wird. Die Regierung huldige etwa Viktor Orban, der ein Anführer jener Länder innerhalb der Union sei, die sich als Vollmitglied verstünden, wenn es etwas zu holen gebe, der europäischen Solidarität allerdings eine Absage erteilen. Die SPÖ machte ihre Zweifel außerdem daran fest, dass sich die FPÖ auf EU-Ebene in einer gemeinsamen Fraktion mit EU-Gegnern wie Marine Le Pen und Geert Wilders befindet.

#### **TAGESORDNUNG**

1.) Erklärungen des Bundesministers für Bildung,	Die SPÖ ortet Rückschritte in
Wissenschaft und Forschung und des	Bildungsvorhaben. Mit Überschriften wie
Bundesministers für Inneres gemäß § 19 Absatz	Pflicht, Leistung, Konsequenzen, Separieren



2 der Geschäftsordnung des Nationalrates zum Thema "Die Zukunft Österreichs sichern durch Bildung, Wissenschaft und Sicherheit"

und Bestrafen aus dem
Regierungsprogramm stellt sich die Frage,
wie damit Kinder gefördert werden sollen.
Strafen für SchulschwänzerInnen sind keine
moderne Bildungspolitik, so die SPÖ.
Erforderlich sind Chancengerechtigkeit und
ein faires Schulsystem, es darf nicht sein,
dass die Bildungskarriere mit der
Geburtsurkunde festgelegt ist.

2.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Mag. Ruth Becher, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz mit dem das Mietrechtsgesetz 1981, BGBl. I Nr. 520/1981 und das Wohnungseigentumsgesetz 2002, BGBl. I Nr. 70/2002 geändert werden (15/A)

Der vorliegende Antrag ist die legistische Umsetzung des von der SPÖ Ende 2014 vorgestellten Universalmietrechts. Während das bestehende Mietrecht unterschiedliche Anwendungsbereiche und Formen der Mietpreisberechnung kennt, ist das Universalmietrecht einfach, einheitlich und transparent und gilt österreichweit für alle Wohnungen (ausgenommen Genossenschaftswohnungen, die im bisherigen System des WGG bleiben). Enthalten ist ein neues Preisbildungssystem für leistbare Mieten, z.B. soll eine adäquate Wohnung rund 25% des Medianeinkommens kosten. Alle derzeitigen Rechtsunsicherheiten wie Sachverständigengutachten, wechselnde Rechtssprechung und intransparente Zuschlagskriterien im Richtwertsystem sollen der Vergangenheit angehören.

Der Antrag wurde dem Bautenausschuss zugewiesen.

3.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Mag. Andreas Schieder, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch und das Eingetragene Partnerschafts-Gesetz geändert werden (9/A)

Mit dem vorliegenden Initiativantrag bezweckten die SPÖ-AntragsstellerInnen, jegliche Art von Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren im Bereich des Eherechts zu beseitigen und gleichgeschlechtliche mit verschiedengeschlechtlichen Paaren gleichzustellen ("Die Ehe für Homosexuelle öffnen").

Nach diesem Gesetzesvorschlag bestünde die Möglichkeit, dass eingetragene Partnerschaften in eine Ehe umgewandelt werden. Wer schon eine eingetragene Partnerschaft eingegangen ist, kann diese selbstverständlich beibehalten, es könnten aber ab Inkrafttreten dieses Gesetzes



	keine neuen eingetragenen Partnerschaften mehr eingegangen werden. Der Antrag wurde dem Justizausschuss zugewiesen.
4.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Nikolaus Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch (ABGB), JGS 946/1811, sowie das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft (Eingetragene Partnerschaft-Gesetz - EPG), BGBl. I 135/2009, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 59/2017, geändert wird (25/A)	Auch der Antrag der NEOS hat den Zweck, die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen sowie das Rechtsinstitut der eingetragenen Partnerschaft beizubehalten und zwar für gleichgeschlechtliche und verschiedengeschlechtliche Paare. Der Antrag ist allerdings nicht ohne legistische Mängel.  Der Antrag wurde dem Justizausschuss zugewiesen.
5.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988 geändert wird (22/A)	Der Antrag der NEOS zur automatischen Abgeltung der kalten Progression ist ähnlich dem Antrag der NEOS aus dem Jahr 2014 der letzten GP (412/A).  Die SPÖ geführte Bundesregierung hat mit der Steuerreform 2015/2016 5 Mrd. € an Steuersenkung bewegt, diese Senkung gilt jährlich, damit ist die kalte Progression mehr als abgegolten.  Der Antrag wurde dem Finanzausschuss zugewiesen.

### 8. Sitzung des NR im Anschluss an die 7. Sitzung am 31.01.2018

### **TAGESORDNUNG**

In dieser Sitzung erfolgen in der Geschäftsordnung vorgesehene Mitteilungen sowie Zuweisungen durch den Präsidenten.

### <u>Pressemeldungen</u>

OTS0088 5 II 0324 SPK0004 WI Di, 02.Jän 2018 SPÖ / Preiner / Beschäftigung



Preiner: "Prüfen" bedeutet bei Schwarz-Blau III "abschaffen"

## SPÖ-Sprecher für den ländlichen Raum kritisiert Aus für Beschäftigungsbonus und Aktion 20.000

Wien (OTS) - Am Neujahrstag hat Schwarz-Blau III per Umlaufbeschluss die Aktion 20.000 zu Grabe getragen: "Bereits am ersten Tag des Jahres 2018 setzt die ÖVP einen hundertprozentigen Umfaller", so der SPÖ-Sprecher für den ländlichen Raum, Erwin Preiner, am Dienstag gegenüber dem SPÖ-Pressedienst. Im Nationalrat wurde nämlich im Juni 2017 mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP das Gegenteil beschlossen. \*\*\*\*

"ÖVP und FPÖ starten mit einer riesen Fehlentscheidung ins neue Jahr. Die Aktion 20.000 trotz guter wirtschaftlicher Lage in Österreich einzustellen und, wie im Regierungsprogramm steht, 'das Fachkräftestipendium zu prüfen', bedeutet 'abschaffen", so Preiner und weiter: "Die Aktion 20.000 müsste ausgeweitet statt abgeschafft werden". Kurzsichtig werden hier Verschlechterungen vor allem für langzeitarbeitslose Menschen über 50 herbeigeführt, die es am Arbeitsmarkt am schwersten haben. Mehr als 1.500 Menschen haben nach jahrelanger Suche durch die Aktion 20.000 bis jetzt einen Arbeitsplatz gefunden.

"Die Arbeitslosigkeit bei Langzeitarbeitslosen und Arbeitsuchenden über 50 in Österreich ist 2017 im Vergleich zur allgemeinen Arbeitslosigkeit am langsamsten gesunken. Kurz und Strache begraben die Hoffnung für tausende Menschen in Österreich und kündigen Verschärfungen im Arbeitslosen- und Notstandshilfegesetz an. ÖVP und FPÖ vernichten Chancen auf Arbeit und Einkommen von mehr als 18.000 älteren Arbeitsuchenden. Geht es noch respektloser gegenüber ÖsterreicherInnen, die aufgrund ihres Alters am Arbeitsmarkt wenig Chancen haben?", so der SPÖ-Abgeordnete.

Mit dem Aus für den Beschäftigungsbonus und die Aktion 20.000 hat die Regierung gleich zwei erfolgversprechende Programme eingestellt. Binnen weniger Monate suchten mehr als 12.000 Betriebe um die Förderung von mehr als 64.000 neuen Arbeitsplätzen an. Von der Aktion 20.000 profitierten vor allem jene Langzeitarbeitslosen, die weder von der besseren Wirtschaftslage noch von verstärkten Qualifizierungsförderungen etwas haben. "Wenn man diesen Menschen nicht die letzte Chance auf Arbeit und Einkommen zerstören will, muss man direkt die Beschäftigung fördern", so Preiner.

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS 20180102 OTS0088/preiner-pruefen-bedeutet-bei-schwarz-blau-iii-abschaffen

+++

OTS0119 5 II 0197 SPK0004 Fr, 12.Jän 2018 SPÖ / Preiner / Burgenland / Soziales / Arbeitsmarkt



## Preiner: Stopp der Aktion 20.000 kostet im Burgenland hunderte Arbeitsplätze für über 50-Jährige

Wien (OTS/SK) - Scharfe Kritik an der Einstellung der Aktion 20.000 durch die schwarz-blaue Regierung übt der burgenländische SPÖ-Abgeordnete, SPÖ-Landwirtschaftssprecher Erwin Preiner. "Mit der Aktion 20.000 hätten im Burgenland bis 30. Juni 2019 ca. 800 zusätzliche neue Stellen geschaffen werden können - das ist für die über 50-Jährigen jetzt wahrscheinlich Schall und Rauch", so Preiner heute bei einer Pressekonferenz im burgenländischen Neusiedl/See. \*\*\*\*

Preiner wies dazu auch auf die Arbeitslosenzahlen in seinem Bezirk hin: Die Zahl der Arbeitssuchenden im Bezirk Neusiedl, die älter als 50 Jahre alt sind, hat sich von 2007 bis Ende 2017 von 40 auf über 220 mehr als verfünffacht. Anfang 2018 stieg die Zahl der arbeitslosen Männer über 50 im Bezirk sogar um über 2 Prozent. "Die Aktion 20.000 hätte vielen älteren Langzeitarbeitslosen die Chance auf einen Arbeitsplatz und damit auch neue Lebensperspektiven geboten." Preiner kritisierte die FPÖ als "Steigbügelhalter" dieses sozialpolitischen Todesstoßes durch die ÖVP. Er fordert die Rücknahme des Ministerratsbeschlusses und sichert dem burgenländischen Landesrat Darabos volle Unterstützung für dessen Initiative einer bundesweiten Petition aller Soziallandesräte zu.

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS 20180112 OTS0119/preiner-stopp-der-aktion-20000-kostet-im-burgenland-hunderte-arbeitsplaetze-fuer-ueber-50-jaehrige

+++

OTS0160 5 II 0349 SPK0003 AI Do, 25.Jän 2018 SPÖ / Preiner / AKW / PAKS / Atomstrom

### Preiner: Atomruinen sofort abschalten - Strahlung macht vor Grenzen nicht halt

Wien (OTS/SK) - Es ist erfreulich, dass die neue Bundesregierung den vom damaligen SPÖ-Bundeskanzler Christian Kern im Jahr 2017 eingeschlagenen Anti-Atomkurs fortsetzt und gegen den mit einem russischen Kredit in der Höhe von zehn Milliarden Euro geplanten Ausbau des ungarischen Risiko-Reaktors Paks II - knapp 100 Kilometer von der burgenländischen Grenze entfernt - Nichtigkeitsklage bei der EU-Kommission eingebracht hat. "Die beihilfenrechtliche Freigabe zum Ausbau des Atomkraftwerks PAKS II durch die EU-Kommission, die besagt, dass Paks II mit staatlichen Beihilfen subventioniert werden darf, muss mit allen rechtlichen Mitteln bekämpft werden", so der SPÖ-Abgeordnete Erwin Preiner heute, Donnerstag. \*\*\*\*

"Die Entscheidung ist zu begrüßen, denn die Gefahr einer Förderungs-Kettenreaktion ist groß: Geht Paks II durch, könnten Atomruinen wie die AKW Dukovany 5 (Tschechien), Bohunice 5 (Slowakei), Belene (Bulgarien) und Cernovoda (Rumänien) plötzlich offiziell zu EU-förderwürdigen Projekten erklärt werden. Unvorstellbar gefährliche Szenarien", warnt Preiner und weiter: "AKWs sind Steinzeit-Energiequellen, massiv gefährlich und unrentabel. Förderungen seitens der EU zur AKW-Stromerzeugung gehören daher sofort gestoppt.



Mittlerweile wissen wir, dass die Erzeugung von Atomstrom aufgrund etlicher gravierender Unfälle und Beinahe-Unfälle nicht beherrschbar ist. Nur um des Profites Willen - für einige wenige Energiekonzerne – darf mit der Gesundheit der Menschen und der Umwelt nicht gespielt werden. Nachhaltiger Ausbau von alternativen, erneuerbaren Energiequellen muss höchste Priorität haben."

Vor über 30 Jahren kam es in Tschernobyl (Ukraine) zu der verheerenden Nuklear-Katastrophe, vor sieben Jahren kam es im AKW Fukushima (Japan) zum GAU. Ebenso geht für Österreich eine massive Sicherheitsgefahr von den Ausbauplänen für das slowakische AKW Dukovany und das tschechische AKW Mochovce aus.

Nun soll das beinahe 40 Jahre alte AKW Paks mit Fördergeldern der EU aufgerüstet werden, noch dazu ohne Mitspracherecht der Nachbarstaaten. "Das kritisiere ich mit Nachdruck und fordere von EU-Kommission und EU-Parlament: Ausstieg aus der Atomstrom-Erzeugung!", so der SPÖ-Abgeordnete.

"In diesem Sinne fordere ich die Bundesregierung, allen voran Kanzler Kurz auf, für die Sicherheit der Menschen in Österreich und daher auch im Burgenland auf EU-Ebene tätig zu werden", so Preiner abschließend.

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS 20180125 OTS0160/preiner-atomruinen-sofort-abschalten-strahlung-macht-vor-grenzen-nicht-halt

+++

26.1.2018/Preiner/Arbeitsmarktpolitik/Aktion 20.000/Aktionstag "Arbeit ist Würde"

#### PREINER: Aktion 20.000 fortsetzen!

## Aktion 20.000 hat messbar die Langzeitarbeitslosigkeit reduziert und tausenden Menschen eine Chance gegeben

"4.365 Menschen über 50 in Österreich, die langzeitarbeitslos waren, obwohl sie arbeiten wollten, hat die Aktion 20.000 eine vielleicht letzte Chance auf dem Arbeitsmarkt gegeben und ihnen auch Selbstwert und Würde zurückgegeben. Alle weiteren stehen nun im Regen", bedauert der burgenländische SP-Nationalratsabgeordnete Erwin PREINER.

Gegen die Stimmen von ÖGB und AK wurde Mitte Jänner 2018 der entsprechende Beschluss in einer Sondersitzung des AMS-Verwaltungsrats gefasst. "Hier hat das AMS den üblichen Weg der Sozialpartnerschaft bedauerlicher Weise verlassen", so PREINER.

Der Erfolg der Aktion 20.000 ist nicht nur an individuellen Aussagen vieler Menschen zu erkennen, sondern auch durch Zahlen belegbar: In den Modellregionen der Aktion 20.000 ist die Langzeitarbeitslosigkeit der über 50-Jährigen um 11,7 Prozent gesunken, während sie im Rest Österreichs um 2,1 Prozent gestiegen ist.



"Die Aktion 20.000 ist auf ältere, langzeitarbeitslose und in vielen Fällen gesundheitlich beeinträchtigte Menschen ausgerichtet. Die meisten von ihnen finden auch in Zeiten der Hochkonjunktur keinen Job am ersten Arbeitsmarkt – sehr wohl aber, wenn direkt in geförderte Arbeitsplätze investiert wird", sagt PREINER.

Der heutige Aktionstag "Arbeit ist Würde" vor bundesweit 101 AMS-Geschäftsstellen ist ein friedlicher Protest gegen die unsozialen und unsolidarischen Maßnahmen der Bundesregierung, wie die geplante Abschaffung der Notstandshilfe und Streichung von erfolgreichen Arbeitsmarktmaßnahmen wie der Aktion 20.000 oder des Beschäftigungsbonus.

"Ich appelliere daher an Sozialministerin Hartinger-Klein: Die Aktion 20.000 muss fortgesetzt werden!", fordert PREINER.

https://www.erwinpreiner.at/presse/presseaussendungen/aktion-20-000/